

Aussprache der Fraktionen zum Tätigkeitsbericht

In der Aussprache zum Tätigkeitsbericht des Verbandspräsidenten forderte der Sprecher der CSU-Fraktion, der niederbayerische Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich, im Blick auf die stetig steigenden Ausgaben der Eingliederungshilfe „Redlichkeit bezüglich dessen, was langfristig finanzierbar“ sei. Zwar sei seit zehn Jahren die Wirtschaft kontinuierlich gewachsen, dies sei aber kein Automatismus. „Deswegen muss bei jedem neuen Vorhaben geprüft und offen diskutiert werden, ob wir die Entscheidung auch gegenüber der nächsten Generation verantworten können“, machte Heinrich klar.

Ferner müsse man über eine weitere Dezentralisierung von medizinischen Angeboten nachdenken. Dies sei auch bei den Verwaltungsstrukturen denkbar. „Wir werden immer mehr Menschen haben, die auch von daheim aus arbeiten können und wollen. Die Dezentralisierung von Verwaltungsbereichen kann damit einen Beitrag zur Entlastung der stark wachsenden Städte leisten und den Wunsch der Mitarbeiter nach heimatnahen Arbeitsplätzen erfüllen“, sagte Heinrich.

Martina Neubauer, Sprecherin der Grünen, lobte, dass die bayerischen Bezirke seit der Bezirkstagswahl 2018 bunter und vielschichtiger geworden seien. Als Grüne stehe man zum „Volksbegehren Pflege“. Der offiziellen Linie des Bezirkstags könne sie sich daher namens ihrer Fraktion nicht anschließen. Im Blick auf das Thema „Schulbegleitung“ betonte Neubauer, dass dieses so, wie es momentan konzipiert sei, nicht funktionieren könne.



Verfolgt die Aussprache: Stefanie Krüger, Geschäftsführerin des Bezirkstags.
FOTO: DANIEL BREITER

Wenn zumindest im Einzelfall bis zu sechs Erwachsene in einer Klasse sitzen würden, sei dies „absurd“, hob Neubauer hervor. Der Freistaat müsse zudem bei der Offenen Behindertenarbeit (OBA) die Personalkostenpauschale anpassen, wenn diese Erfolgsgeschichte fortgesetzt werden solle.

Tamara Bischoff von den Freien Wählern schloss sich der Kritik an der Schulbegleiter-Problematik an. Sie forderte mit Nachdruck, dass der Freistaat endlich die Kosten dafür übernehmen müsse. Diese könnten nicht länger den Bezirken überlassen bleiben. Ferner kritisierte sie, dass es bisher nur neun Pflegestützpunkte in ganz Bayern gebe. „Da muss deutlich mehr getan werden.“ Hinsichtlich der Haushaltslage nannte sie die Lage „derzeit erfreulich“. So sprach sie sich für ihre Fraktion auch gegen eine Erhöhung der Umlage in 2020 aus. Und sie betonte auch: „Die Finanzierung all dessen, was wir für Menschen mit Behinderungen aufzubringen haben, darf niemals von der Kassenlage abhängig sein.“

Christa Naaß, Sprecherin der SPD-Fraktion und Dritte Vizepräsidentin des Bezirkstags, verlangte, dass es schnellstmöglich in jeder kreisfreien Stadt und in jedem Landkreis einen Pflege-Stützpunkt geben müsse. Pflege sei das Mega-Thema im Sozialbereich, dem sich gerade auch die SPD eng verpflichtet wisse. Ferner betonte sie, dass es im öffentlichen Dienst mehr Mitbestimmung geben müsse. Personalräte dürften in Verwaltungsräten nicht nur nach „Beliebigkeit“ sitzen. Es müsse einen rechtlichen Anspruch geben, dass künftig auch Arbeitnehmer-Vertreter in Verwaltungsräten mitreden dürfen, so Naaß.

> ULRICH LECHLEITNER/BSZ



Franz Löffler (CSU), ist seit 2008 Bezirkstagspräsident der Oberpfalz und führt seit vergangenem Jahr auch den Bayerischen Bezirkstag.

FOTO: DANIEL BREITER

Tätigkeitsbericht des Verbandspräsidenten Löffler

„Sachwalter für anvertraute Menschen sein“

„Heimat, dieser häufig in der Geschichte missbrauchte Begriff, hat einen individuellen Bezug für jeden von uns. Heimat ist ein wenig wie das verlorene Paradies“, betonte Präsident Franz Löffler in seiner Rede zum Tätigkeitsbericht in Augsburg.

Auch deswegen sei es so wichtig und notwendig, dass die Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags gemeinsam ein Leitbild zum Thema Heimat beschlossen habe. „Der Begriff Heimat steht eben nicht für Nationalismus und Egoismus, sondern das genaue Gegenteil: Für Weltoffenheit, Toleranz und eine Kultur des Zusammenlebens“, so Löffler.

Das Leitbild beziehungsweise Positionspapier des Bezirkstags sei daher eine Grundlage für die künftigen politischen Diskussionen über den Begriff Heimat, ebenso sei es auch die Basis für die regionale Kulturarbeit und Heimatpflege. Heimat habe auch immer mit den Menschen zu tun, die dort leben. Es sei somit eine

Verpflichtung, Integration und Inklusion auch unter dem Begriff Heimat zu verstehen.

Der Aufgabe und Pflicht bewusst sein

„Heimat vor Ort“ bleibe eine zentrale Aufgabe der bayerischen Bezirke, die sich dieser Aufgabe und Pflicht bewusst seien und diese gestalten. Man dürfe dabei aber nicht übersehen, dass Heimat durch verschiedene Entwicklungen auch gefährdet sei. „Zersiedelung, Flächenverbrauch oder die Zerstörung der natürlichen Ressourcen sind Themen, die wir im Auge behalten und auf die wir als

Bezirke Antworten finden müssen, machte Löffler klar.

Großen Raum räumte er zudem der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ein. Menschen mit Behinderung sollen nun ein Wahlrecht erhalten sowie auch am ersten Arbeitsmarkt ein geförderter sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis aufnehmen können. Im Rahmen des Modellprojekts „Begleiteter Übergang Werkstatt – allgemeiner Arbeitsmarkt“ ist das Ziel ausgegeben worden, ein Drittel der Teilnehmer im allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Von insgesamt 260 Teilnehmern sei es bei 87 davon gelungen, diese dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt eine Arbeit aufnehmen zu lassen.

Diese Quote von 30 Prozent hat den Bayerischen Bezirkstag dazu bewegt, eine dauerhafte Fördermöglichkeit für dieses Projekt auszusprechen. Grundsätzlich begrüße der Bezirkstag das BTHG, so Löffler. Allerdings seien die not-

wendigen Mehrkosten bislang nicht eindeutig zu ermitteln. Seit 2018 seien 170 neue Planstellen geschaffen worden, die mit zwischen 13,5 und 15,5 Millionen Euro finanziert werden müssten. „Wir möchten eine Verpflichtung des Freistaats Bayern, dass er die den Bezirken entstehenden Mehrkosten auch erstattet, im Sinne der Konnexität“ betonte Löffler eindringlich.

Flächendeckender Krisendienst bis 2021

Die Neuregelung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) verpflichtet die Bezirke zum Aufbau flächendeckender Krisendienstes bis zum 1. Juli 2021. Zum Teil sind die notwendigen Leitstellen, mobilen Krisenteams und ein Netzwerk der Regelversorgung bereits implementiert. Der Freistaat übernimmt die

Kosten von 7,7 Millionen Euro Jahr für die sieben Leitstellen. „Die übrigen Kosten werden die Bezirke tragen. Im Moment können wir diese aber noch nicht beziffern“, so Löffler.

Zudem sei die Zeitvorgabe sportlich: „Die Bezirke, die den Krisendienst neu einrichten und aufbauen müssen, haben nur drei Jahre Zeit hierfür“, stellte Löffler klar. Zudem dürfe die Gewinnung der neuen Mitarbeiter nicht auf Kosten der bereits bestehenden Versorgungsbereiche gehen.

Trotz aller Herausforderungen, so hob Löffler in seinem Schlusswort hervor, werden die Bezirke die angemessenen Leistungen für sozial schwache Menschen weiter im Auge behalten. Deutschland und Bayern seien wohlhabend. Gerade die Bezirke hätten stets bewiesen, dass sie einen verlässlichen und wichtigen Beitrag für die Versorgung dieser Menschen geleistet.

> HENNER LÜTTECKE

Rede von Staatskanzleichef Herrmann

„Bewährtes bewahren – offen bleiben für Neues“

Der Bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien, Florian Herrmann (CSU), appellierte in seiner Festrede in Augsburg, die er in Vertretung des Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder bei der Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags hielt, an die Delegierten, den Wert der Heimat mit Leidenschaft, Weltoffenheit, Transparenz, aber auch mit Traditionsbewusstsein und Patriotismus zu bewahren.

Geschätzter Gesprächs- und Verhandlungspartner

Gerade die Bezirke leisteten hier eine für das Gemeinwesen unerlässliche und wegweisende Arbeit, etwa in der Sozial- und Gesundheitspolitik, aber auch im Bereich der Kultur. Insbesondere die Regionalkultur, die in einer zunehmend globalisierten Welt immer mehr an Bedeutung für die Menschen vor Ort gewinne, weil sie Halt und Orientierung biete, stehe dafür beispielhaft. Brauchtumspflege, Denkmalschutz, Musik, Theater und vieles mehr seien Grundpfeiler bezirklicher Aufgaben, die alle für ein stabiles Wertebewusstsein und damit für einen Heimatbegriff im besten Sinn des Wortes stünden, so der Minister.

Was für die Gesundheit- und Sozialpolitik dabei gelte, sei auch Maßstab für die regionale Kultur-



Florian Herrmann (CS), seit 2018 Leiter der bayerischen Staatskanzlei.

FOTO: DANIEL BREITER

arbeit: Auch sie dürfe niemals nach „Kassenlage“ gemacht werden. Leider, so stellte Staatsminister Herrmann fest, sei manches von dem, was die dritte kommunale Ebene für die Menschen im Freistaat leiste, oft nicht bekannt genug. Auch hier könne eine aktive Heimatpolitik vieles an Verbesserungen erreichen.

Ausdrücklich würdigte Herrmann indem Kontext die Rolle der Bezirke und des Bezirkstags inner-

halb der kommunalen Familie: Hier sei die dritte kommunale Ebene ein auch von der Staatsregierung stets geschätztes Bindeglied und ein auf allen Gebieten hoch kompetenter und wertgeschätzter Gesprächs- und Verhandlungspartner. Er dankte ausdrücklich für die stets gute und vertrauensvolle Kooperation, die am Ende immer den Menschen - und bei den Bezirken vor allem den Menschen mit Behinderungen - zugutekomme.

Der Freistaat hatte, erinnerte der Staatsminister, vor Jahren als erstes Bundesland ein eigenes Heimat-Ministerium. Allein das verdeutliche den Stellenwert, den die Heimat in Bayern habe. Heimat sei niemals ausgrenzend, sondern stets integrierend. „Auch das untermauern die Bezirke in ihren Aufgabenbereichen jeden Tag neu“, lobte Herrmann.

Und schließlich sei es wichtig, Heimat nie „verkopft“, sondern im

guten Sinne immer auch emotional anzugehen und zu gestalten. Schon der römische Dichter Cicero habe erkannt: „Heimat ist dort, wo es mir gut geht“, sagte Herrmann.

Nicht nur verkopft, sondern auch emotional,

Und doch ändere sich Heimat auch. Heimat sei niemals statisch, weil sie immer ein Entwicklungsprozess sei. Die Faktoren einer sich rasant ändernden Demographie, und vor allem die Integration von Menschen aus anderen Kulturkreisen, zeige dies nachdrücklich. Umso mehr gelte es, die Balance zu wahren zwischen bewährten Fundamenten und Neuem, was zu integrieren sei. Abschließend rief er den Delegierten zu, sich immer für die Heimat einzusetzen. Dann werde Heimat ihre Dynamik bewahren, die auch in Zukunft Traditionen und Fortschritt sinnvoll miteinander verbinde, so der Staatsminister.

Bezirktagspräsident Franz Löffler dankte Herrmann für seine ermutigenden Ausführungen ausdrücklich. Staatsregierung und Bezirke seien sich darin einig, die bayerische Heimat lebens- und liebenswert zu erhalten. Wenn das weiterhin wie bisher gelinge, werde Heimat ein Grunddanker auf festem Boden für die Menschen bleiben, zeigte sich Löffler zuversichtlich.

> ULRICH LECHLEITNER